

Mark Jäckel
Kalkoffenstrasse 1
66113 Saarbrücken
Tel.: 0681 97058950
Fax: 0681 98578312
Mobil: 01577 8071000
eMail: mark.jaeckel@hotmail.com

Generalstaatsanwaltschaft

Herr Oberstaatsanwalt Schöne

Zähringerstraße 12
66119 Saarbrücken

Datum: 02.02.2025

Betreff: Strafanzeige gegen Beate Brand wegen Verdachts auf Rechtsbeugung, Verleumdung, falsche Verdächtigung, Prozessbetrug & Amtsmissbrauch

Sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt Schöne,

hiermit erstatte ich Strafanzeige und stelle Strafantrag gegen

Frau Beate Brand, Amtsleiterin Sozialer Dienst Jugendamt Saarbrücken,

wegen des dringenden Verdachts auf:

- Rechtsbeugung gem. **§ 339 StGB**
- Verleumdung gem. **§ 187 StGB**
- Falsche Verdächtigung gem. **§ 164 StGB**
- Prozessbetrug gem. **§ 263 StGB i.V.m. § 267 StGB**
- Amtsmissbrauch (kein eigenständiger Straftatbestand, aber strafrechtlich relevant)

Ich fordere die unverzügliche Einleitung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens.

Sachverhalt: Fortgesetzte Manipulation des Sorgerechtsverfahrens & vorsätzliche Täuschung des Familiengerichts

Frau Beate Brand hat in meiner laufenden Sorgerechtsangelegenheit mehrfach nachweislich manipulativ in das Verfahren eingegriffen, falsche Behauptungen gegenüber dem Familiengericht aufgestellt und Beweise ignoriert oder unterschlagen, um ein für mich nachteiliges Verfahrensergebnis zu erzwingen.

Dies geschah insbesondere:

1. Am 14. September 2023:

- Frau Brand nutzte die Sorgerechtsverhandlung gezielt, um mich zu verleumden, falsche Aussagen zu machen und meine Glaubwürdigkeit zu untergraben.
- Sie behauptete Hausverbote, die es nachweislich nicht gegeben hat.

- Diese und andere Falschdarstellungen führten dazu, dass die Inobhutnahme meines Kindes fortgesetzt wurde.
- Mein Sohn ist seither **16 Monate** in Obhut, obwohl Alternativen mit mir als Vater bestanden.
- Dies zeigt, dass sich ihr Muster der institutionellen Justiztäuschung erneut bewährt – wie bereits zuvor am **25.10.2022** vor dem Familiengericht (F39 221/22 EASO) durch ihre Behörde geschehen.

2. Am 12. Dezember 2024:

- Sie hatte sich darauf eingestellt, das Verfahren allein durch ihre Amtsstellung und unbelegte Behauptungen zu steuern und den Richter erneut in ihrem Sinne zu beeinflussen.
- Die unerwartete Absage des Gerichtstermins entzog ihr diese Möglichkeit abrupt. Ihre Nervosität, die von Anwesenden beobachtet wurde, lässt darauf schließen, dass sie nicht damit gerechnet hatte.
- Ihr Muster der Manipulation hätte an diesem Tag erneut funktioniert, wenn der Termin nicht ausgefallen wäre.
- Noch am selben Nachmittag reagierte sie umgehend, um weiterhin die Kindesmutter zu beeinflussen und manipulativ in das laufende Verfahren einzuwirken.
- Ihre Untergebene Frau Kuhn drängte die Kindesmutter, betont als „Empfehlung der Amtsleitung“, in ein Mutter-Kind-Heim zu ziehen, ohne die Alkoholproblematik zu berücksichtigen.
- Ihr Ziel ist es weiterhin, mein Sorgerecht zu verhindern, um eine Amtshaftungsklage gegen das Jugendamt unter ihrer Leitung zu vermeiden.

3. Am 28. Januar 2025:

- Frau Brand versuchte erneut, durch gezielte Einflussnahme auf die Kindesmutter das Sorgerechtsverfahren zu manipulieren.
- Durch Kuhn und ihren Vorgesetzten Bonenberger setzte sie erneut die Kindesmutter unter Druck – dieses Mal in Persona – um eine Entscheidung in meinem Sorgenrechtsverfahren zu erzwingen.
- Erneut wurde sie in ein Mutter-Kind-Heim gedrängt, mit der unbelegten Begründung eines Schutzes vor mir.

Strategische Kriminalisierung & Einschüchterungstaktik gegen mich

- Am **8. September 2023** sprach ich mit Frau Brand telefonisch und wies sie auf eine geplante Amtshaftungsklage hin.
- **Sechs Tage danach** nahm sie mein Kind als „Pfand“.
- Wenige Monate später, am **18. März 2024**, kam es zu einer Hausdurchsuchung bei mir – basierend auf haltlosen Vorwürfen.
- Diese Vorwürfe stammten aus einer falschen Verdächtigung, die direkt auf das Jugendamt zurückzuführen ist.
- Dies zeigt, dass sich ihr Muster der institutionellen Justiztäuschung erneut bewährt – wie bereits zuvor am **25.10.2022** sowie dem **14.09.2022** vor dem Familiengericht (F39 238/23 EASO) durch ihre Behörde geschehen.

Verbindung zu Angelika Schallenberg

Es bestehen eindeutige Verknüpfungen zwischen dem Vorgehen von Frau Brand und Frau Schallenberg, die darauf hindeuten, dass es sich nicht um isolierte Pflichtverletzungen handelt, sondern um eine koordinierte Vertuschung innerhalb des Jugendamtes Saarbrücken. Frau Schallenberg erhielt am 4. Dezember 2023 Beweise für eine Kindeswohlgefährdung, welche dem Familiengericht zwingend hätten vorgelegt werden müssen. Dennoch wurden diese Beweise aktiv unterdrückt.

Forderungen & Ermittlungsanordnungen

Ich beantrage folgende Ermittlungsmaßnahmen:

- 1. Unverzügliche Sicherstellung, dass Frau Brand keinerlei weiteren Einfluss auf mein Kind nehmen kann.**
2. Ermittlung gegen Beate Brand wegen sämtlicher in Frage kommender Delikte.
3. Einsichtnahme in interne Mails und Kommunikation des Jugendamtes in Bezug auf meinen Fall.
4. Prüfung der Rolle von Frau Brand in der Kriminalisierung meiner Person und der anschließenden Hausdurchsuchung.
5. Vernehmung von Beate Brand zu ihren nachweislich falschen Behauptungen vor Gericht.

Bisherige Verweigerung von Ermittlungen gegen systematische Amtsmissbräuche

Da Ihre Behörde bereits Ermittlungen gegen direkt involvierte Amtsträger abgelehnt hat, stellt dieser Fall einen entscheidenden Test für die Unabhängigkeit der Strafverfolgung in der Bundesrepublik Deutschland dar – insbesondere, wenn es um den Schutz eines Kindes und die Aufdeckung schwerer Pflichtverletzungen innerhalb einer Behörde geht.

Frau Beate Brand, als leitende Verantwortliche, steht im Zentrum eines Netzwerks aus Vertuschung, Manipulation und institutioneller Kindeswohlgefährdung. Ihre Position schützt sie nicht vor strafrechtlicher Verantwortung.

Sollte erneut eine sachliche Prüfung dieser schwerwiegenden Verdachtsmomente unterbleiben, werde ich eine umfassende rechtliche Prüfung der bisherigen Unterlassungen veranlassen. Zudem werde ich alle mir zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mittel ausschöpfen, um eine unabhängige Überprüfung dieser Vorgänge sicherzustellen.

AN DIE ERMITTLUNGSBEHÖRDEN:

Dieser Fall hat weitreichende Bedeutung für die Integrität der Strafverfolgung in Deutschland. Ich fordere daher, dass sämtliche relevanten Dokumente, Kommunikationsprotokolle und interne Weisungen zur Behandlung dieses Falls gesichert und überprüft werden. Eine lückenlose Aufklärung ist zwingend erforderlich, um sicherzustellen, dass keine behördlichen Fehlentscheidungen vertuscht oder strafrechtlich relevante Sachverhalte unterdrückt werden.

Ich erwarte eine **schriftliche Bestätigung** dieser Strafanzeige sowie eine **konkrete Rückmeldung darüber, welche Maßnahmen zur Ermittlung ergriffen werden.**

Mit freundlichen Grüßen,
Mark Jäckel

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. Jäckel'. The signature is written in a cursive style with a large, sweeping 'J' and a long, trailing flourish.